

Der institutionelle Jugendschutz kämpft – mehr oder weniger erfolgreich – an drei Fronten gleichzeitig, was seine Situation nicht gerade leicht macht. Da sind zunächst die Jugendlichen selbst, die nicht unbedingt einsehen, dass sie durch Fernhalten von Medieninhalten geschützt werden müssen. Stattdessen prüfen sie lieber ihre Grenzen beim Aushalten von Gewaltdarstellungen und Geschmacklosigkeiten, beeindrucken ihre Peergroup durch die neuesten Extrembilder und verbessern ihre Internetkompetenz durch Suchen und Finden von „tasteless“-Seiten. Jugendliche sind sehr findig, wenn es darum geht, Verbote zu umgehen. Früher war es vielleicht der ältere Bruder, der ein verbotenes Video aus der Videothek auslieh, heute wird die Jugendschutzsoftware im Browser umgangen oder durch eine zweite SIM-Karte das Tauschen von Gewaltvideos auf dem Handy der Kontrolle entzogen.

Jugendschutz und Verantwortung

Hans-Bernd Brosius

Dr. Hans-Bernd Brosius ist Professor für Empirische Kommunikationswissenschaft am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München und Direktor des Medieninstituts Ludwigshafen.



Da sind zum Zweiten die Medienunternehmen, welche immer wieder die Grenzen ausloten, welche der Jugendschutz setzt. Eine der Grundprämissen von Medienschaffenden scheint es zu sein, dass Medieninhalte extremer werden müssen – ob dies nun die Gewalthaltigkeit, den Grad an Erotik, die Geschmacklosigkeit oder die Erniedrigung von Kandidaten in Castingshows betrifft. Jede Folge, jede Staffel, jede Fortsetzung wird noch härter, noch extremer, damit die Zuschauer bei der Stange bleiben.

Da ist zum Dritten das gesellschaftliche Umfeld, in das auch das Fernsehen und die Filmindustrie eingebettet sind. Normen und Werte haben sich in der deutschen Nachkriegsgesellschaft stetig gewandelt, bezogen auf Sexualität und andere Themen in Richtung einer größeren Liberalität. Medien sind sowohl Motor als auch Gegenstand dieser Entwicklungen, so dass Jugendschutz heute andere Maßstäbe anwendet als gestern. Dies wird natürlich gern zum Anlass genommen, den Jugendschutz von morgen schon vorzudefinieren – als noch freizügiger, noch liberaler.

Jugendschutzentscheidungen der einschlägigen Gremien haben überdies immer einen gewissen Ermessensspielraum, da es nahezu keine objektiven Kriterien gibt, eine tatsächliche Jugendgefährdung festzustellen. *Von welchem Tropfen werden wir eigentlich nass?* – so habe ich daher einen Beitrag in *tv diskurs*¹ vor einigen Jahren übertitelt. Fernsehen und Film kommen mit einer Breitseite an Inhalten daher, Jugendschützer müssen aber den einzelnen konkreten Inhalt beurteilen. Die Wirkung, also die Jugendgefährdung, ergibt sich aber erst über die Kumulation der immer gleichen Inhalte, da ist sich die Wirkungsforschung mittlerweile ziemlich einig. Der einzelne Produzent, der einzelne Sender kann also immer reklamieren, dass es wenig bringt, seinen konkreten Inhalt zu inkriminieren, wenn daneben viele andere, vielleicht nicht ganz so extreme Inhalte ihr Publikum erreichen.

Wir Deutschen haben stärker als die Bevölkerungen anderer Länder das Bedürfnis, alles zu kontrollieren, dem Einzelnen nicht zuzutrauen, selbst dafür zu sorgen, dass es ihm gutgeht. Institutionell-reaktiver Jugendschutz ist sicherlich wichtig, und ich würde mich nicht gut dabei fühlen, ihn auszuhöhlen oder gar aufzugeben. Er muss aber stärker ergänzt werden durch individuell-proaktive Maßnahmen. Die individuelle Verantwortung des Einzelnen zu

stärken, muss zumindest begleitendes Ziel des Jugendschutzes sein. Gerade in einer Zeit rasanter technischer Entwicklung und immer schwierigerer Zuordnung von Urhebern zu Medienprodukten kann der Jugendschutz nicht mehr allein auf die Veranstalter zielen. Das mag beim öffentlichen nationalen Fernsehen noch gehen, aber mittlerweile können Satellitenhaushalte so viele internationale Sender empfangen, dass selbst im Fernsehen eine effektive Kontrolle nicht mehr durch eine rein institutionell-reaktive Strategie zu bewältigen ist. Die Problematik des Internets ist wohlbekannt, hier tummelt sich jedwede Form von Kriminalität, so dass der Jugendschutz schon fast das kleinere Problem darstellt. Die Herstellung und Verbreitung von „user-generated-content“ in Form von selbst aufgezeichneten Prügeleien, Vergewaltigungen etc. (sogenannte „happy-slapping“-Produktionen) sind kaum zu kontrollieren. Und ist nicht das „Reale“ sowieso viel spannender als Fiction? Die Schizophrenie der Entwicklung wird vor allem dann deutlich, wenn man sich den Anspruch an das Internet vergegenwärtigt: Jeder kann seine Inhalte selbst produzieren und ins Netz stellen, der mündige Bürger wird zum Journalisten, alle reden mit allen mit Hilfe von umfassenden, überall verfügbaren Informationen. Wer hat denn im Ernst geglaubt, dass die „Bürger“ dies so nutzen, dass sie ausschließlich politisch und pädagogisch wertvolle Inhalte ins Netz stellen?

Eltern sind für ihre Kinder verantwortlich, Kinder müssen Eigenverantwortung lernen. Insofern sind medienpädagogische Maßnahmen zu begrüßen. Diese dürfen sich aber nicht – ähnlich wie es häufig in der Schule der Fall ist – auf technische Medienkompetenz im Sinne einer Bedienkompetenz erstrecken. Kinder müssen die Wirkungsmechanismen moderner Medien durchschauen, müssen wissen, welche Motive hinter der Gestaltung von Talkshows, Castingshows, Gewaltvideos und dergleichen stecken. Damit wird man die kindlich-jugendliche Neugier, was sich denn so alles im Fernsehen, im Film und im Netz findet, nicht abstellen können. Das Problem ist ja auch nicht der einmalige Kontakt mit einem Genre, sondern die wiederholte, kumulative Nutzung. Dies zu vermeiden, kann man als Verantwortlicher am ehesten durch Gespräche über Medieninhalte und Medienwirkung erreichen; bevor dies gelingt, müssen medienpädagogische Maßnahmen aber auch bei den verantwortlichen Erwachsenen greifen. Denn auch Eltern wissen hier oft zu wenig.

Anmerkung:

1

Vgl. *tv diskurs*, Ausgabe 31, 1/2005, S. 28–31